

## BESCHLUSS

aus der 7. Sitzung  
des Kreistages  
am Montag, 07.02.2022

---

### Öffentliche Sitzung

Zu TOP 2. Fragestunde
--------------------------

Frage und Zusatzfrage des Abgeordneten Hantusch (fraktionslos):

**Abgeordneter Hantusch (fraktionslos)** fragt:

1. Welche Auswirkungen wird das voraussichtlich auf das Gesundheitssystem im LDK haben?
2. Zusatzfrage: Gibt es Pläne, um einen möglichen Notstand zu verhindern?

**Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD)** antwortet:

„Uns erreichen zahlreiche Anfragen zur Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht (SARS-CoV-2). Aufgrund der noch ausstehenden Klärung auf Landes- und Bundesebene zur genauen Umsetzung bzw. fehlender Vollzugshinweisen für die unteren Gesundheitsbehörden können wir uns noch nicht abschließend äußern. Wir als Kreis plädieren für eine einheitliche Linie in Bund und Land.

Eine Aussage zur genauen Größe der betroffenen Gruppe können wir erst treffen, wenn uns die fehlenden Nachweise nach IfSG § 20a ab dem 16.03.2022 gemeldet werden.

Die Zahl der Betroffenen ab dem 16.03.2022 ist abhängig von der aktuellen Infektionslage bzw. dem weiteren Verlauf der Omikronwelle und voraussichtlich auch abhängig von der Einführung des Novavax-Impfstoff Nuvaxovid. Bei der aktuellen Dynamik des Geschehens wird sich die Immunitätslage in der betroffenen Gruppe bis zum März noch verändern, daher ist eine aktuelle Abfrage nicht sinnvoll.

Vorrangig, so auch seitens des HMSI gewünscht, werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus medizinischen und pflegerischen Einrichtungen, welche unter die einrichtungsbezogene Impfpflicht fallen, mit Novavax versorgt. Hierzu haben wir bereits Bedarfsabfragen in Alten und Pflegeeinrichtungen, sowie bei besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe, als auch bei ambulanten Pflegediensten und Kliniken vorgenommen.

Die letztlichen Entscheidungen der Gesundheitsämter zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht werden abhängig von der vorherrschenden Lage, anhand der hoffentlich vorliegenden landeseinheitlichen Vollzugshinweise und mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit getroffen werden.

Die Entscheidungen könnten zum Beispiel bestimmte Auflagen an den Arbeitgeber oder Arbeitnehmer bedeuten. Das Aussprechen eines Betretungs- oder gar Tätigkeitsverbot stellt hier eine hoffentlich seltene Ultima Ratio dar.“

Frage und Zusatzfrage der Abgeordneten Hermann (AfD)

**Abgeordneter Mulch (AfD)** fragt stellvertretend für die Abgeordnete Hermann (AfD):

1. Wie ist die derzeitige Kostenentwicklung der aktuellen Bauvorhaben des Lahn-Dill-Kreises?
2. Zusatzfrage: Mussten Fertigstellungstermine aktueller Bauvorhaben aufgrund der Kostenentwicklung angepasst werden?

**Landrat Schuster (SPD)** teilt mit, dass man über Kreisstraßen noch nicht berichten könne, da in diesem Jahr noch keine Ausschreibungen erfolgt seien. Hinsichtlich des Erweiterungsbaus am

Karl-Kellner-Ring am Buderusplatz teilt er mit, dass der Rohbau für den Rundbau als Bürogebäude und für das Parkhaus submittiert sei. Das Submissionsergebnis liege um 21,3 % über der Kostenberechnung (ca. 1 Mio. €). Man habe im Kreisausschuss Kompensationsmaßnahmen ergriffen und werde noch Fördermittel für energetische Maßnahmen i. H. v. 680.000 € erhalten, die noch nicht berücksichtigt seien. Derzeit werde das Bauvorhaben mit Kosten i. H. v. 16,1 Mio. € kalkuliert und man liege mit ca. 208.000 € über dem Budget. Im Zuge der weiteren Ausschreibungen sei mit weiteren Änderungen zu rechnen.

**Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG)** berichtet von einer Reihe von Projekten, die verschoben bzw. nicht begonnen worden seien. Dies wisse man aus der Haushaltsdebatte. Daher habe man nur wenig konkrete Beispiele für aktuelle Ausschreibungen mit deutlich erhöhten Submissionsergebnis. Er nennt die Ausschreibung für das Betreuungshaus in Frohnhausen und verschiedene Gewerke für den Bau der Theodor-Heuss-Schule. In den Ende 2020 und Anfang 2021 erstellten Kostenberechnungen habe es in allen Gewerken Erhöhungen im Bereich von 10% bis 25% gegeben. Insbesondere Zimmerarbeiten (24 %) und Wärmedämmverbundsysteme (26 %). Insgesamt zeichne sich eine Stabilisierung auf hohem Niveau ab. Aufträge, die vor dem Sommer 2021 vergeben worden seien, seien schwer durchzusetzen. Die Preisentwicklung der Materialien und deren mangelnde Verfügbarkeit stellten für die ausführenden Firmen ein Problem dar. Daher sei ein kontinuierlicher und geregelter Bauablauf in vielen Fällen nicht mehr gegeben. Bauzeitverzögerungen seien unumgänglich und häuften sich. Aufgrund fehlender Fassadenbleche könne z. B. die Holzfassade an der Theodor-Heuss-Schule nicht montiert werden. Man werde in der kommenden Bauausschusssitzung detaillierter berichten.